

Pogromnacht 1938

**Sonntag,
10. November
2013**

**Der Opfer
gedenken,**

**die Zukunft
gestalten**

**frei von
Antisemitismus,
Rassismus,
Faschismus
und Krieg**

**11-12 Uhr
Mahnwache am
Synagogenplatz**

Die Reden von

**Richard Gebhardt
Ralf Woelk**



Richard Gebhardt, Aachen

**Rede am 10. November 2013,
Synagogenplatz Aachen**

Meine Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,

im Vorfeld der diesjährigen Veranstaltungen zum Gedenken an die Reichspogromnacht vom 9. November 1938, hat der Münchner Historiker Michael Wolffsohn in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" 13 provozierende Thesen vorgelegt, die die Bedeutung der "vielen 9. November" für die deutsche Geschichte behandeln.

Ich zitiere: *"Machen wir uns nichts vor: Das Gedenken an die Verbrechen des Nationalsozialismus verkümmert meistens zum gedankenlosen, sinnentleerten Ritual. Die immergleichen Redner und immergleichen Schreiber verbreiten die immergleichen Worthülsen und Schlagworte "Gegen das Vergessen!" oder "Nie wieder!" Die Bürger lassen diese formalen Äußerlichkeiten über sich ergehen. Innere Anteilnahme? Null."*

Es mag sein, dass die offiziellen Gedenkrituale, denen ein deutscher Professor bisweilen beizuwohnen pflegt, einen solchen Eindruck hinterlassen können. Die öffentliche Erinnerung an die Opfer der Novemberpogrome lebendig zu halten bedeutet jedoch, Schlussfolgerungen aus der Geschichte zu ziehen, ohne eine schlichte Wiederholung derselben zu behaupten. Die Tradition unserer alljährlichen Gedenkveranstaltung, die - wie es so schön heißt - "von unten", von zahlreichen Einzelpersonen und Initiativen begründet wurde, geht auf das Jahr 1988 zurück. Damals jährte sich die "Reichspogromnacht" zum 50. Male. Im Rahmen dieser Tradition wurde oftmals an die jüdischen Bürgerinnen und Bürger Aachens erinnert, die unsere Stadt nach den Novemberpogromen, die sich ja vielerorts längst nicht nur auf die sogenannte "Kristallnacht" vom 9. auf den 10. November 1938 beschränkten, verlassen mussten. Ihnen wurde Name und Gesicht wiedergegeben. Nicht selten sprachen auch an dieser Stelle lokale Zeitzeugen, die als Kinder und Jugendliche die Ausschreitungen erlebt haben und danach mitansehen mussten, wie das private Vermögen ihrer Familien "arisiert" und somit faktisch auch von ehemaligen Nachbarn erbeutet wurde; wie ihre Angehörigen in die sogenannte "Schutzhaft" genommen, aus dem öffentlichen Leben entfernt und später in den Lagern ermordet wurden.

Die Rolle der Novemberpogrome in der Gesamtgeschichte der Vernichtung der europäischen Juden, wurde inzwischen vielfach auch mit Blick auf die regionalgeschichtlichen Besonderheiten erforscht. Raphael Gross hat jüngst auf die Bedeutung jener Tage im November 1938 hingewiesen, wenn er schreibt, dass hier

das Gewaltmonopol des Staates in die Hände einer wütenden "Volksgemeinschaft" gelegt wurde. Etwa zehn Prozent der Bevölkerung, so Gross, beteiligten sich auf verschiedene Weise an den Ausschreitungen in deutschen Städten und Dörfern.

Die Novemberpogrome waren nach den Worten von Gross "eine erste Katastrophe vor der Katastrophe". In den Anfangsjahren der Bundesrepublik wurden die Voraussetzungen des Antisemitismus im NS-Regime nicht selten verschwiegen; das offizielle Gedenken konzentrierte sich auf die Opfer des Krieges und der Vertreibung. Die intensive öffentliche Beschäftigung mit der Shoa ist hingegen jüngerer Datums. Es waren häufig die vielen Bürgerinitiativen und kleinen Geschichtswerkstätten, die den Opfern unter großer Anteilnahme und auch gegen Widerstände vor Ort wieder einen Namen gaben; die Stolpersteine verlegten oder auf die Nutznießer der Vernichtung hinwiesen.

Aber das öffentliche Gedenken an die "Reichspogromnacht" hat seinen Zweck nicht nur in der Mahnung und Erinnerung. Immer dann, wenn es die aktuellen Ereignisse verlangten - und das war sehr oft der Fall -, wurde an dieser Stelle die Stimme gegen antisemitische oder rassistische Ausschreitungen der Gegenwart erhoben. Das war in den Neunziger Jahren auf dem Höhepunkt der "Asyldebatte" so, das war im Jahr 2000 so, als weit über tausend Demonstranten am Willy-Brandt-Platz gegen Antisemitismus und Rassismus demonstrierten, und das war in den letzten beiden Jahren so, nachdem die Öffentlichkeit von der Mordserie des NSU erfuhr.

Uns treibt auch heute, 75 Jahre nach der "Reichspogromnacht", nicht die Pflicht zur Erfüllung eines Rituals auf die Straße, sondern der Drang, auch in der Gegenwart gegen die Ideologien der Ungleichwertigkeit zu protestieren. Heute, wo sich in Schneeberg und anderswo wieder ein Mob vor den Flüchtlingsheimen bildet und deren Insassen bedroht. Heute, wo auch in der Aachener Region antisemitische Delikte nach wie vor ein zentraler Teil der politisch motivierten Kriminalität sind.

Unsere Erinnerung an den 9. November 1938 schärft das Bewusstsein dafür, dass sich die Ideologie des Antisemitismus eben nicht nur bei den organisierten Neonazis nachweisen lässt. Schon der historische Nationalsozialismus fand seine frühen Kernwähler und seine Parteimitglieder in der "Mitte der Gesellschaft", beim alten und neuen Mittelstand der Weimarer Republik. Und das nationalsozialistische Virus verbreitete sich mit immenser Schnelligkeit schon früh an den deutschen Universitäten, deren nationalistische Studenten die jüdischen Professoren drangsalierten und ins Exil trieben. Auch die antisemitischen Verbände der Weimarer Republik, die ihre Propaganda massenwirksam einsetzen sollten, rekrutierten sich wie der "Alldeutsche Verband" aus der deutschen Elite.

Die Erinnerung an den 9. November zeigt, wie dünn die Schutzschicht der Zivilisation gerade im vermeintlichen "Land der Dichter und Denker" war.

Vor diesem Hintergrund sind auch die drastischen Worte von Stephan Kramer, dem Generalsekretär des Zentralrats der Juden in Deutschland, verständlich. Kramer hatte in einer in Essen gehaltenen Rede zum Thema "Haben Juden in Deutschland eine Zukunft?" darauf hingewiesen, dass der Antisemitismus auch im deutschen Bildungsbürgertum vorhanden sei. Die empirische Sozialforschung unterstützt diesen Befund. Die Universität Osnabrück hat beispielsweise in diesem Jahr eine Studie vorgelegt, wonach von den befragten Studentinnen und Studenten satte 40 Prozent dem Satz "Deutsche Frauen sollten keine Juden heiraten" mit unterschiedlicher Gewichtung zustimmen. Unter dem Titel "Judenfeindlichkeit ist gesellschaftsfähig geworden", berichtete "Zeit-Online" gestern etwa über die neuesten Studien. Auch die EU-Grundrechteagentur in Wien wies vor wenigen Tagen darauf hin, dass sich bestimmte Vorurteile über Juden seit Jahrhunderten tradieren.

Meine Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,

es sind auch Veranstaltungen wie die unsere, die gegenwärtig dafür sorgen, dass die offensiven Bekenntnisse zur antisemitischen Ideologie im öffentlichen Leben meist eingedämmt bleiben.

Wer jedoch den Unterstrom unserer politischen Kultur beachtet, wer die nicht-veröffentlichte Meinung untersucht, sieht, dass dieser Damm Risse erhält.

Ich nenne einige Beispiele zum Antisemitismus der Gegenwart:

Wer an den Zentralrat der Juden gerichtete und von Doktoren und Professoren unterzeichnete Schmähbriefe liest;
wer den obsessiven Tonfall des Ressentiments bemerkt, mit dem in den Leserbriefspalten und Internetforen nicht nur die sogenannte "Beschneidungsdebatte" geführt wird;
wer die einseitige Vehemenz erlebt, mit der sich fortschrittlich wählende Zeitgenossen über das "Existenzrecht des Staates Israels" auslassen;
wer selbst schon aus dem Munde eines Akademikers das Raunen über die Macht der Juden in Deutschland gehört hat;

- der oder die wird sich über die Aktualität des Antisemitismus in Deutschland keine Illusionen machen. Und wir verstehen so auch, warum sich die militante Rechte hier als Vollstreckerin des Volkswillens wähnt.

- Ich möchte zum Schluss noch auf einen Aspekt hinweisen.

Der Generalsekretär des Zentralrats der Juden in Deutschland warnte in seiner Essener Rede vor einer "Nazi-Revolution in Europa". Und in der Tat geben die Nachrichten aus Ungarn, Frankreich oder Griechenland Anlass zur Sorge. Noch gibt es in Deutschland keine bundesweit erfolgreiche Partei, die der "Goldenen Morgenröte" vergleichbar wäre. Aber die Verbreitung antisemitischer Vorurteile in der Bevölkerung gibt keinen Grund zur Beruhigung. Es ist zu befürchten, dass bei einer Zuspitzung der Wirtschafts- und Finanzkrise auch hier wieder die alten Stereotype, Klischees und Obsessionen gegen die in Deutschland lebenden Juden gerichtet werden.

Erinnern wir uns: Antisemitismus war und ist kein Randphänomen. Er ist ein ressentimentgeladenes Welterklärungsmodell, dessen Muster uns in der Debatte über den Nahostkonflikt oder in den Verlautbarungen religiöser Fundamentalisten begegnen können. Und er ist tief eingeschrieben in die kulturelle Grammatik auch unseres Landes - einem Land, in dem - wie bei den Wagner-Festspielen in Bayreuth - manchem Kulturliebhaber auch heute noch die Auseinandersetzung mit der Judenfeindschaft des Großkomponisten als pure Nestbeschmutzung gilt.

Meine Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,

solange es noch Widerstände dieser Art gibt, die sich eben nicht gegen die Ritualisierung des Gedenkens, sondern gegen die Aufklärung selbst richten - so lange ist unser Gedenken notwendig und sinnvoll.

Unsere Zeitzeugen sind vielfach verstummt. Nun ist es an uns, den Zeugen der Zeitzeugen, dass wir ihre Stimmen und Gedanken nicht vergessen und weiter zu Gehör bringen.

So lange in Deutschland noch Synagogen unter Polizeischutz stehen, so lange soll unser Gedenken der Erinnerung und Mahnung, vor allem aber der Aufklärung und einem Protest dienen, der sich nicht auf Jahrestage oder Zeremonien beschränkt.

Deshalb ist unsere Veranstaltung kein bloßes Gedenkritual, sondern eine ständige Solidaritätserklärung an das neue jüdische Leben in Deutschland!

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

Ralf Woelk, Aachen

Rede am 10. November 2013, Synagogenplatz Aachen

Anrede,

Vor 75 Jahren brannten im deutschen Reich die Synagogen.

Und in jedem Jahr gedenkt man an diesem Tag an die schrecklichen Ereignisse, die für immer eine Narbe der Erinnerung in der Geschichte der Deutschen bleiben wird.

Der 9. November ist in der dt. Nachkriegsgeschichte fester Bestandteil unserer Erinnerungskultur. Und am Ende dieser Veranstaltungen ist man sich immer und immer wieder einig über das ‚Nie mehr...‘ - über das ‚Nie wieder...‘ und über das ‚Nie mehr darf von deutschem Boden aus...‘

Und trotzdem passiert es immer wieder, trotz alledem passiert es immer noch...

Im August 1992 waren es unter anderem Rostock-Lichtenhagen, Mölln und Solingen, die zu trauriger Berühmtheit gelangten. Molotowcocktails auf Asylbewerberheime – Menschen starben, die hier Schutz suchten –

Rechtsradikalismus + Rassismus arbeiteten hier Hand in Hand. Denn es waren nur einige wenige Rechtsradikale, welche die Molotowcocktails warfen – doch gleichzeitig gab es genügend Menschen, die dabei standen, die sicher nicht rechtsradikal waren – aber die genügend rassistische Ressentiments in sich trugen, um als schweigende Masse den Terror zu dulden und ihn damit letztlich zu unterstützen.

Der Mechanismus war 1938 derselbe: das Morden, verhaften und verbrennen ist größtenteils von den nationalsozialistischen Organisationen generalstabsmäßig vorbereitet und durchgeführt worden, aber möglich geworden ist es durch den zu dem damaligen Zeitpunkt bereits verinnerlichten Antisemitismus, der jegliche Empathie mit den Opfern ausgeblendet hatte.

Nun sind wieder 21 Jahre vergangen seit den Anschlägen auf die Asylbewerber – und erneut scheint sich Geschichte zu wiederholen: Im November 2011 erschüttert die Mordserie der NSU unsere Republik. Hätte man vor dem 4. November 2011 eine solche rechtsradikale Terrororganisation konstruiert, hätte man sie als Erklärungsversuch für die Mordserie an meist türkischstämmigen Mitbürgern vorgebracht, hätte einem wahrscheinlich niemand geglaubt. – Die bittere Realität hatte uns dann über Nacht eingeholt.

Der für die NSU-Morde zuständige Karlsruher Generalbundesanwalt Harald Range kam deshalb zu dem Schluss:

Die NSU-Morde sind unser 11. September

Zumindest das kollektive Versagen der Sicherheitsbehörden legt diese Analogie nahe. Polizei, Staatsanwaltschaften und Geheimdienste haben über Jahre nebeneinander, wenn nicht gar gegeneinander gearbeitet und niemandem ist das tatsächliche Motiv aufgefallen, das hinter einer knapp 10-jährigen Mordserie steckte.

Und so konzentriert sich auch ein großer Teil der 47 Empfehlungen des NSU-Untersuchungsausschusses auf die Überprüfung der Strukturen des Sicherheitsapparates. So sollen die unterschiedlichen Behörden besser vernetzt, der Informationsfluss der verschiedenen Sicherheitsbehörden durchlässiger werden, der Einsatz von V-Leuten soll reformiert werden, zumindest aber die parlamentarische Kontrolle für den Einsatz von V-Leuten gestärkt werden. Es sollen mehr Menschen aus Zuwandererfamilien für die Arbeit der Polizei und des Verfassungsschutzes gewonnen werden. Der Untersuchungsausschuss empfiehlt auch, die lange Serie aus ‚Fehlern, Versäumnissen und Fehleinschätzungen‘ als Lehrstoff in die Ausbildung von Sicherheitsbeamten aufzunehmen. Auch soll grundsätzlich das Tatmotiv Rassismus in die Standards der Aufklärungsarbeit aufgenommen und folglich in jedem Fall begründet werden, warum ein rassistisches Tatmotiv ausgeschlossen wird.

Von den Verhandlungsführern der Großen Koalition ist bereits angekündigt worden, sämtliche Empfehlungen des Untersuchungsausschusses umzusetzen. Man mag im Einzelfall Zweifel an den Maßnahmen haben. Doch machen wir uns nichts vor: die meisten Auswirkungen werden die Sicherheitsorgane betreffen. Das heißt auch, die meisten dieser Maßnahmen werden vom Großteil der Öffentlichkeit unbemerkt stattfinden. Es gibt sicherlich auch Ausnahmen. So sollen beispielsweise die Fördertöpfe für antirassistische Arbeit ein ‚deutlich höheres Volumen‘ erhalten sowie höhere Planungssicherheit für die Initiativen hergestellt werden.

Doch reichen diese Maßnahmen aus? Können wir danach zur Tagesordnung übergehen? Haben nicht tatsächlich viel mehr Menschen versagt, als nur die Sicherheitsbehörden?

Der bekannte deutsche Journalist Hans Leyendecker hatte im April vergangenen Jahres – sinngemäß -gesagt: „**Wir haben es alle nicht gesehen – die Behörden nicht, die Medien nicht. Niemand hat einen Zusammenhang hergestellt. Kein Journalist, der die Zusammenhänge aufgedeckt, geahnt oder angedeutet hat. Kein Politiker, kein Initiativen, keine Organisation, die in diese Richtung bohrte...**“ Auch er selbst hat nicht *einmal* diesen Gedanken gehegt, stellte Hans Leyendecker im April 2012 selbstkritisch fest.

Anrede,

es ist daher anzunehmen, dass die Vorschläge des UA nicht ausreichen, um Rechtsextremismus und Rassismus wirksam zu begegnen.

Denn um Rechtsextremismus zu bekämpfen, reicht es eben nicht aus, nur die Rechtsextremisten zu bekämpfen. Es reicht auch nicht aus, rechtsextremistische Organisationen zu verbieten. Natürlich ist das auch kein Fehler. Man muss es der organisierten Rechten so schwer wie möglich machen, sich zu organisieren. Aber es bleibt letztlich Symbolpolitik, auf der man sich nicht ausruhen darf.

Nährboden für Rechtsextremismus und Rechtsextreme sind rassistische Ressentiments. Und rassistisches Gedankengut und deren Mechanismen spielen sich in vielen Köpfen ab, bis weit hinein in die Mitte der Gesellschaft.

Diese Erkenntnis ist nicht neu. Das vielzitierte Phänomen vom Rassismus, der aus der Mitte der Gesellschaft entspringt ist fast schon abgedroschen. Erschreckend ist dennoch immer wieder, wie präsent rassistische Denkmuster und Verhaltensweisen sind.

Es ist nicht schwierig, Belege für den latenten – heimlichen – aber am Ende doch allgegenwärtigen Rassismus zu finden.

Es reicht völlig aus, sich dafür ein paar Artikel in den Onlineportalen der großen Zeitungen anzuschauen. Denn was dort in den Kommentaren der LeserInnen unter den Artikeln steht – beispielsweise unter Artikeln zu der jüngsten humanitären Flüchtlingskatastrophe vor Lampedusa – überkommt einem das kalte Grausen. Ohne jegliche Empathie wird hier jegliche Verantwortung von sich geschoben oder den Opfern letztlich vorgeworfen sie seien selbst Schuld. Es wird gefragt, wer denn das Boot angezündet hat, wer die Menschen überhaupt in das Boot gesetzt hat usw.

Offenbar überwinden rassistische Ressentiments auch mühelos jegliche Bildungshürden. So kam der Osnabrücker Erziehungswissenschaftler Wassilis Kassis in einer Studie zu dem Ergebnis, dass Studierende der Uni Osnabrück mit den gleichen Vorurteilen behaftet und eingestellt sind wie die Mehrheit der Bevölkerung. Mehr Bildung, internationale Studiengänge und KommilitonInnen aus Ländern rund um den Globus scheinen offenere Einstellungen nicht zu fördern. – so lautet das ernüchternde Ergebnis.

Er legte Studierenden u.a. die Aussagen vor:

„Deutsche Frauen sollten keine Muslime heiraten.“

„Muslime provozieren Muslimfeindlichkeit durch ihr Verhalten.“

Das Ergebnis: Nur 18 Prozent der befragten 1.000 Bachelor-StudentInnen der Geistes- und Sozialwissenschaften in Osnabrück lehnten diese und vergleichbare Aussagen klar ab und machten ihr Kreuz bei „Stimmt gar nicht“.

Diese Ressentiments und andere Vorurteile sind der Nährboden für rechte Demagogen, die solche Themen und Argumente dankbar aufgreifen. Hier ist es unsere Aufgabe, diese Menschen nicht abzuschreiben und sie den Rechten dadurch in die Arme zu treiben. Sondern hier ist es unsere Aufgabe, den Kampf um die Köpfe aufzunehmen und diese Menschen durch die Kraft unserer Worte zu überzeugen. Denn gegen rassistische Argumente + Vorurteile können Argumente helfen. Insofern möchte ich Rassisten viele lieber überzeugen als bekämpfen, und das meine ich nicht nur im Sinne einer sprachlichen Abrüstung.

Mit Blick auf Rechtsextreme und unseren Umgang mit Rechtsextremen würde ich diesen Ansatz als reichlich naiv betrachten. Hier hilft nur konsequentes und restriktives Handeln.

Dass es für restriktives Handeln gegenüber Rechtsextremen in Aachen genügend Anlaß gibt, konnten beispielsweise am vergangenen Wochenende die TeilnehmerInnen einer Demonstration gegen die Missstände der europäischen und deutschen Asylpolitik erleben, als sie von einer Gruppe Rechtsradikaler mehrfach angegriffen wurde.

Mehrfach wurde die Demonstration von einer Gruppe Rechtsradikaler provoziert und angegriffen. Mehrfach musste die Polizei einschreiten und einige der Rechtsradikalen verhaften. Bis zum Schluss der Demonstration vor dem autonomen Zentrum wurde der Demonstrationzug immer wieder provoziert und angegriffen, zuletzt von einigen Rechtsradikalen, die mit Bierflaschen bewaffnet waren, denen die Hälse abgeschlagen waren. Auch hier in unmittelbarer Nähe der Synagoge kam es zu Handgreiflichkeiten durch diese Truppe. Schwer nachvollziehbar bleibt, dass es den Rechtsradikalen ermöglicht wurde, eine eigene angeblich spontane Veranstaltung in unmittelbarer Nähe der Asyl-Demo anzumelden. Es kam

daher im weiteren Verlauf zu weiteren Übergriffen der Nazis und zu weiteren Festnahmen.

Dieser Vorfall macht deutlich, dass Behörden noch immer versagen, wenn es darum geht, Bürgerinnen und Bürger vor Rechtsradikalen zu schützen. Und das, obwohl man gerade hier in Aachen leidvolle Erfahrungen mit rechtsradikalen Übergriffen auf Menschen und Organisationen hat.

Dass es sich bei diesem Überfall auf eine friedliche Demonstration um eine gemeinsame Aktion von eindeutig rechtsradikalen Organisationen und Personen aus dem Umfeld der rechtsoffenen Aachener Hooligan-Szene handelte, ist kein Zufall. Denn schon lange ist der Tivoli ein Ort, an dem rechtsradikale Personen gezielt auftreten, um die Fanszene zu unterwandern. Die Auseinandersetzung in Aachen hat daher eine lange Vorgeschichte. Und dennoch ist sie keine Aachener Besonderheit. Im Gegenteil: Rechtsextremisten versuchen seit Jahren gezielt in den Fußballstadien die Vorherrschaft in der Ultra-Fanszene zu erlangen. Dabei gehen sie gezielt gegen solche Fangruppierungen vor, die sich gegen Rassismus, Homophobie und Sexismus in der Fanszene auflehnen. Eine solche Gruppierung bildete auch die Aachener Ultra-Gruppe ACU. Und nur deshalb, weil sie sich gegen Rassismus im Stadion einsetzten, eine eigene kreative Fankultur entwickelt haben, wurden sie zum Zielobjekt rechter Fußballhooligans. Anfang dieses Jahres kapitulierte schließlich diese Ultra-Gruppe, weil es ihr nicht mehr möglich erschien, die Gesundheit der eigenen Mitglieder beim Besuch des Stadions, insbesondere bei den Auswärtsfahrten zu gewährleisten.

Doch ist Aachen kein Einzelfall. In den vergangenen beiden Monaten sind zwei politisch links orientierte Ultragruppen in Duisburg und in Braunschweig brutal zusammen geschlagen worden, wohlgermerkt von den eigenen rechten Ultragruppen und nicht von gegnerischen Fans. Dieser anhaltende Versuch von rechten Ultragruppierungen, die Vorherrschaft in den Stadien zu erlangen ist mittlerweile nicht nur von der Fachpresse erkannt und beschrieben worden, auch in vielen überregionalen Medien wurde über dieses Spielfeld der Rechtsextremen berichtet. So fragte u.a die FAZ in dieser Woche: wie braun ist die Kurve?

Dennoch haben rechtsradikale Gruppen in den Fußballstadien nicht die Oberhand gewonnen. Nein – das Stadion bzw. das Umfeld und deren Fanszene sind derzeit der Austragungsort für rechte Gruppierungen, um ihren Kampf um die Straße fortzuführen. Dennoch ist die Positionierung der 3 großen bundesweiten Fan-Verbände politisch eindeutig und klar antirassistisch.

Aber die Auseinandersetzung in Aachen zeigen, dass es nicht gelungen ist, das schamlose und brutale Vorgehen der Rechtsradikalen zu unterbinden. Die Reaktion von Behörden, Verein, Politik und auch den anderen Fans kam entweder zu spät, zu zaghaft oder überhaupt nicht.

Immer wieder gab es Versuche der verschiedenen Beteiligten, das Ausmaß der rechtsradikalen Unterwanderung zu verschleiern, zu verharmlosen oder es gar zu ignorieren. Von einer Auseinandersetzung zwischen linken + rechten Fans war beispielsweise oft die Rede, nicht nur in den Medien, auch von Vereinsseite, auch – wenn nicht vor allem – von den szenekundigen Beamten der Polizei.

Und so verräterisch ist dann auch oft die Ignoranz vieler Beteiligten, wenn bei den Übergriffen in deutschen Fußballstadien – und auch anderswo- von Auseinandersetzungen zwischen (!) ‚erlebnisorientierten Jugendlichen‘ geredet wird – oder die dümmlich-naiven Aussage

gemacht wird: Politik hätte im Stadion nichts zu suchen. **Mit solchen Aussagen kann man Rechtsextremismus nicht bekämpfen und Rassismus nicht erkennen!**

Hier sind andere Reaktionen nötig. Klare Reaktionen gegenüber den Rechtsradikalen - Klare Ansagen gegenüber den Mitläufern. Michael Gabriel, Leiter der Koordinierungsstelle der Fanprojekte, hat es deutlich formuliert:

„Die Vereine sind der wichtigste Faktor für die Orientierung der Fans.“

Das bedeutet, die Vereine haben es in der Hand, mit ihren Worten, aber vor allem auch mit ihren Taten, Rechtsradikale Elemente aus den Stadien rauszuhalten. Aber das gleiche gilt für uns alle:

Es gilt für PolitikerInnen, es gilt für JournalistInnen, es gilt für Vertreter der Behörden, der Vereine, es gilt für jeden von uns:

Konsequenz in Wort + Tat sind die notwendigen Voraussetzungen und Mittel für eine wirksame Bekämpfung von Rechtsextremisten und Rassisten.

Das sollte für uns alle eine Lehre aus der deutschen Geschichte – eine Lehre des 8. November 1938 sein.